
21.11.2014 13:06 Uhr

Dokumentation "Gedenken und Mahnen"

Ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus

von Malte Lehming

Opferverbände und DDR-Bürgerrechtler setzen sich für ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ein. Der Aufruf wurde am 4. November an Bundestagspräsident Norbert Lammert übergeben. Seitdem herrscht Schweigen im Berliner Gedenkwald. Eine Dokumentation.



Realsozialistische Flüchtlingspolitik. - FOTO: DPA

Auf der einen Seite das Getöse: DDR als Unrechtsstaat, Stalin-Verehrung in Russland, Joachim Gauck versus Bodo Ramelow, Wolf Biermann redet und singt im Bundestag, Künstler entwenden Mauerkreuze, das erste dunkelrot-rot-grüne Bündnis in Thüringen. Auf der anderen Seite das stete Wasser. Anfang des Monats ging eine kleine, unscheinbare Agentur-Meldung durch einige Zeitungen. Darin steht:

Opferverbände und frühere DDR-Bürgerrechtler setzen sich für ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ein. Mehr als 1500 Unterschriften sind dafür bislang gesammelt worden. Der Aufruf wurde am 4. November an Bundestagspräsident Norbert Lammert übergeben.

Der Bundestag solle beschließen, ein zentrales Denkmal in der Hauptstadt zu errichten. Zu den Erstunterzeichnern gehören laut der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ die einstige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, sowie die früheren Bürgerrechtler Freya Klier und Vera Lengsfeld.

Was so leise daherkommt, hat Wucht. Es erinnert daran, dass es ausgerechnet in Berlin, der Welt-Hauptstadt des Gedenkens, kein zentrales Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gibt. Im alten Westteil der Stadt, im Bezirk Tiergarten, steht das sowjetische Ehrenmal – in der Mitte der acht Meter hohe Rotarmist, eingerahmt

von zwei sowjetischen T-34-Panzern. Am Steinplatz in Charlottenburg wurde 1951 ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus aufgestellt. Auch in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde steht ein kleiner Stein mit der verblichenen Inschrift „Den Opfern des Stalinismus“. Es gibt das ehemalige Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen und daneben die Maueropfer-Dokumentation an der Bernauer Straße. Das war’s.

Was auffällt, ist das Schweigen der Parlamentarier zu dieser Schande. Kein Bundespräsident, kein Bundestagspräsident, keine Kanzlerin, keine Partei, die dieses Anliegen offensiv vertritt. Man freut sich über den Mauerfall vor 25 Jahren – und vergisst die Vergangenheit.

An diesen Samstag werden mehr als 20 Master-Studierende der TU Darmstadt (Architektur und Freiraumplanung), die „Union der Opferverbände“ besuchen und sich Gedanken machen über eine mögliche Ausgestaltung des Mahnmals unter Einbeziehung des Ortes. Alles ist erlaubt, heißt es bei der Initiative, solange ein zentraler Ort in Berlin gewählt wird. Im Rahmen eines Zeitzeugengesprächs werden die Studierenden auch die Möglichkeit haben, Fragen an Betroffenen und Opfer des SED-Regimes zu stellen.

Und hier der Aufruf im Wortlaut:

„Für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland“

Anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1989 als ein Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR und des damit verbundenen Endes der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa,

im Wissen um die verheerenden Folgen totalitären Denkens und Handelns in Deutschland, das mit der kommunistischen eine zweite Diktatur erleben musste,

im Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur, der Toten und der Überlebenden, der Vertriebenen und Enteigneten, der Internierten und der zu Unrecht Inhaftierten, der

Geflohenen, der von Berufs- und Bildungsverbot Betroffenen, der Opfer von Zersetzung und des Verlustes ihrer Gesundheit,

in Würdigung der Hoffnungen und Anstrengungen all jener, die dem Kommunismus widerstanden haben und ihren Glauben an eine demokratische Zukunft und ein Leben

in Freiheit nicht preisgaben,

in Anerkennung des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur und des Engagements für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie,

im Wissen um die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen und zur Ermunterung zum Widerstand gegen Diktatur und die Verletzung

von Menschenrechten,

in Solidarität mit all jenen, die noch heute unter einer kommunistischen Diktatur leben und leiden müssen,

im Bewusstsein der Notwendigkeit über das Leben und Leiden der Menschen unter der SED-Diktatur aufzuklären,

für die aktive Teilnahme unserer Mitbürger an der politischen Meinungsbildung und ihres Engagements für und in unserer Demokratie,

für die Bewahrung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte,

fordern wir den Deutschen Bundestag dazu auf, die Errichtung eines Mahnmals zum

Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu beschließen.

Erstunterzeichner:

Hilsberg, Stephan

PStS a.D. MdB a.D., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Ahrberg, Edda

LStU Sachsen-Anhalt a.D.

Baberowski, Prof. Dr. Jörg

Historiker

Bahr, Ernst

MdB a.D.

Barbe, Angelika

MdB a.D.

Bartsch, Prof. em. Gerhard

Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Bauersfeld, Alexander

Bürgerrechtler

Beck, Marieluise

MdB (Grüne/90)

Behr, Katrin

Hilfe für Opfer von Zwangsadoptionen e.V.

Bickhardt, Stephan

Bürgerrechtler

Birthler, Marianne

Bürgerrechtlerin und Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen a.D.

Blumentritt, Volker

MdB a.D.

Bohley, Heidi

Bürgerrechtlerin

Bomberg, Dr. Karl-Heinz

Arzt, Liedermacher

Boos, Christian

Historiker

Böttger, Martin

Bürgerrechtler

Brecht, Eberhard

Bürgermeister von Quedlinburg, MdB a.D.

Büchler, Hans

MdB a.D.

Demele, Ernst

Bürgerrechtler

Dietrich, Christian

LStU Thüringen

Dücker, Berthold

Chefredakteur a.D.

Dreher, Sibylle

Frauenverband im BdV e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Dyck , Axel

Vorsitzender SPD-Fraktion Leipzig

Ebert, Frank

Bürgerrechtler

Eigenfeld, Katrin

Bürgerrechtlerin

Elmer, Konrad

MdB a.D.

Eppelmann, Rainer

MdB a.D.

Faust, Siegmar

Schriftsteller, LStU Sachsen a.D.

Fell, Hans-Josef

MdB a.D.

Foitzig, Dr. Jan

Historiker

Fornahl, Rainer

Mitbegründer der SDP, MdB a.D.

Förster, Maik

Kommunalpolitiker

Fricke, Dr. h.c. Karl Wilhelm

Publizist und Zeitzeuge

Fuchs, Dr. Wolfgang-Christian

Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener e.V. (Inter-Asso)

Geipel, Prof. Ines

Schriftstellerin und Vorsitzende der Doping-Opferhilfe e.V.

Goertz, Joachim

Bürgerrechtler

Goßler, Anita

Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Gronau, Klaus

Zeitzeuge vom 17. Juni 1953

Günther, Christine

Bürgerrechtlerin

Hatzsch, Gunther

Vizepräsident des Sächsischen Landtages

Hecker, Hermine

Landesvorsitzende der Senioren Union der CDU Hamburg

Hildebrand, Gerold

Bürgerrechtler

Hinkel, Matthias

Bürgerrechtler

Ilte, Wolfgang

MdB a.D.

Kähler, Joachim

Pfarrer, Mitbegründer der SDP

Klier, Freya

Bürgerrechtlerin

Kloss, Oliver

Bürgerrechtler

Knezović, Jure

Kroatischer Verein ehemaliger politischer Häftlinge (HDPZ), Ehrenpräsident der Inter-Asso

Košiar, Dr. Ján

Vize-Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer

Gefangener e.V.

Kowalczuk, Ilko Sascha

Historiker

Krägel, Sybille

Initiativgruppe NKWD-Lager Tost

Krawczyk, Stephan

Schriftsteller, Sänger und Komponist

Kuhn, Gino

Künstler, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Kupferschmied, André

Leipzig

Kürschner, Dr. Jörg

Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Lappe, Christian M.

Zeitzeuge

Lengsfeld, Vera

MdB a.D.

Lersow, Michael

Landesvorsitzender SPD Sachsen a.D.

Litecký-Šveda, Ján

„Politische Gefangene - Union des Antikommunistischen Widerstandes - III

Widerstand“ (Slowakei)

Lüdke, Dr. Rita

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Meckel, Markus

MdB a.D.

Michels-Boger, Anna

UOKG e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Mittrup, Theodor

UOKG e.V., Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Montag, Rolf-Dieter

Geschäftsmann, Leipzig

Motzer, Dietmar

Leipzig

Musteikis, Petras und **Duobaitė-Bumbulienė, Rasa**

Verband der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens (LPKTS)

Müller, Christian

MdB a.D

Müller, Rainer

Bürgerrechtler

Neubert, Ehrhart

Bürgerrechtler

Neubert, Hildigund

LStU Thüringen a.D.

Obranić, Alfred

Kroatische Gesellschaft ehemaliger politischer Häftlinge (HDPZ)

Oswald, Günter

Treffurt

Pahnke, Rudi-Karl

Theologe, Bürgerrechtler

Poppe, Gerd

MdB a.D.

Poppe, Grit

Schriftstellerin

Poppe, Ulrike

Bürgerrechtlerin, Bundesbeauftragte LStU Brandenburg

Postica, Alex

Verband ehemaliger politischen Häftlinge und Verbannter Moldovas

(AFDDPM)

Rachowski, Utz

Schriftsteller

Rathenow, Lutz

LStU Sachsen

Reiche, Steffen

MdB a.D.

Reiprich, Siegfried

Geschäftsführer Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Ritter, Waldemar

Politologe und Historiker

Rochau, Lothar

Bürgerrechtler

Rüffert, Hartmut

Bürgerrechtler

Sachse, Dr. Christian

Theologe und Politikwissenschaftler, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Sandmann, Stefan

Vorsitzender SPD Ilmenau

Schmidt, Dr. Oskar

Bürgerrechtler

Schönemann, Ernst-Otto

UOKG e.V, Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Schulz, Michael M.

Initiativgruppe Mahnmal der UOKG e.V.

Schulz, Werner

MdB a.D.

Schwabe, Uwe

Bürgerrechtler, Leipzig

Schwanitz, Wolfgang

MdB a.D.

Sello, Tom

Publizist, Bürgerrechtler

Sonntag, Frank Wolfgang

ehem. Sprecher AK Gerechtigkeit, jetzt FAKT

Sturza, Valentina

Verband ehemaliger politischen Häftlinge und Verbannter Moldovas

(AFDDPM)

Tarnóczy, Arpád

Malacký, Antom

Präsident und Vizepräsident des Verbands „Politische Gefangene - Union des Antikommunistischen Widerstandes - III Widerstand“ (Slowakei)

Timm, Gottfried

Innenminister der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Wagner, Rainer

Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer

Gewaltherrschaft (UOKG e.V), Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V)

Wahlgren, Silke

Bürgerrechtlerin

Wähling , Sylvia

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Waschitschka, Matthias

Bürgerrechtler

Weiß, Konrad

MdB a.D.

Weißbach, Dr. Olaf

Bürgerrechtler und Schriftsteller

Weissgerber, Gunter

MdB a.D.

Illgen-Weissgerber, Christiane

Bürgerrechtlerin

Weisshuhn, Reinhard

Bürgerrechtler

Weißkirchen, Gert

MdB a.D.

Wilke, Prof. Dr. Manfred

Soziologe

Winkelmann, Neela

Platform of European Memory and Conscience (Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas)

Wunnicke, Christoph

Historiker

Zupke, Evelyn

Bürgerrechtlerin

GESCHICHTE ERINNERUNGSPOLITIK 04.04.13

Brauchen wir ein Mahnmal für Kommunismus-Opfer?

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft plädiert für einen zentralen Gedenkort in Berlins Mitte. Doch bisher ist unklar, an wen genau hier erinnert werden soll.

Von Karis Alpcan



Im Ural liegt Perm 36, das einzige Gulag-Musuem auf dem Areal der früheren Sowjetunion an einem authentischen Ort. Ehemalige Häftlinge und Freiwillige bauen bereits abgerissene Teile des Komplexes Stück für Stück originalgetreu wieder auf. 1/7

Foto: Anna Kaminsky/ Bundesstiftung Aufarbeitung

Gewöhnlich sind Denkmäler häufig Tafeln, auf denen Text eingraviert ist: Namen von Opfern oder Fakten zu den Verbrechen, an die erinnert werden soll. Doch solche Gedenkorte locken meist nur sehr wenige Besucher an: Mahnstätten, die viele Menschen ansprechen sollen, müssen ideenreich und visuell anregend sein - trotz ihrer oft düsteren Themen.

Die Kehrseite ist, dass viele Besucher, gerade aus der jüngeren Generation, eher aus Gründen des Sightseeing denn aus echtem Interesse solche Orte aufsuchen. Wenn sie jedoch klug entworfen und gestaltet sind, regen sie wenigstens manche Menschen zu ihrem ganz persönlichen Nachdenken an. In vielen ostmittel- und osteuropäischen Staaten gibt es inzwischen zentrale Denkmäler für die Opfer des Kommunismus. In Deutschland allerdings noch nicht; das will die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ändern.

Vorbild für eine solches Projekt in Berlins Mitte könnte das Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag sein, das 2002 enthüllt wurde, findet UOKG-Chef Rainer Wagner. Es sei ein gutes Beispiel für die unterschiedlichen Wirkungen, die ein Denkmal auf Besucher haben kann. Allerdings illustriert es zugleich die Schwierigkeiten, eine Erinnerungsstätte zu gestalten, die nachdenklich stimmen soll und dennoch nicht zu sehr für den öffentlichen Raum schockieren darf.

Wer sind Opfer des Kommunismus?

Das Denkmal besteht aus sieben Bronzefiguren, die auf einer Treppe scheinbar den Laurenziberg (tschechisch: Petrin) westlich der Moldau herunterschreiten. Die Figuren verschwinden sich wie im Nebel, je weiter sie vom Betrachter fort sind: Sie verlieren Gliedmaßen und ihre Körper werden kleiner, bis die letzte

Figur fast nicht mehr als Mensch erkennbar ist.

Eine kleine Bronzetafel am Beginn der Treppe trägt die Inschrift: "Die Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus ist allen Opfern gewidmet - nicht nur denjenigen, die eingesperrt oder hingerichtet wurden, sondern auch denjenigen, deren Leben durch die totalitäre Gewaltherrschaft ruiniert wurde." Trotz dieser bewusst weiten Widmung für alle Opfer unterscheidet das Denkmal jedoch bestimmte Gruppen voneinander. Auf einem umlaufenden Bronzeband werden exakte Zahlen genannt: 205.486 Menschen in der Tschechoslowakei wurden in der Zeit der kommunistischen Diktatur verhaftet, 170.938 ins Exil gezwungen. 4.500 sind im Gefängnis gestorben, 327 wurden "auf der Flucht erschossen" und 248 offiziell hingerichtet. Insgesamt kommt das Denkmal auf 381.499 Opfer.

Wem genau dieses Denkmal gewidmet sein sollte, führte seinerzeit zu einer großen Debatte in der Tschechischen Republik. Eine vergleichbare Debatte dürfte jetzt in Deutschland bevorstehen, da die Rufe nach einem ähnlichen Mahnmal immer lauter werden. Die UOKG, die im Jahr 1992 gegründet wurde und deren Mitglieder fast ausnahmslos selbst durch den Kommunismus gelitten haben oder eingesperrt gewesen sind, trommelt für eine solche Gedenkstätte.

Sogar Moskau hat ein solches Denkmal

Es sei höchste Zeit, dass Deutschland dem Beispiel anderer Ländern des ehemaligen Ostblocks folge. Zentrale Erinnerungsorte für die Opfer der kommunistischen Parteidiktaturen existieren nicht nur in Prag sondern beispielsweise auch in Csömör bei Budapest, in Rumänien, Sofia und Warschau, sogar in Moskau. Wenige Kilometer vom Kreml starren hier in einem Skulpturenpark hinter einer mächtig aussehenden Statue von Stalin ununterscheidbare und trotzdem erkennbar leidende Gesichter hinter Gittern hervor.

Was Deutschland angeht, ist die Debatte erst im Anfangsstadium. Völlig ungewiss ist zum Beispiel der genaue Standort eines solchen Denkmals; die UOKG schlägt das Regierungsviertel vor. Hier gibt es allerdings keinen authentischen Ort, an dem kommunistische Brutalitäten besonders oft Menschen schädigten. Das trifft freilich auch auf andere Mahnmale für Opfer der NS-Diktatur zu: Mit dem konkreten Geschehen des Holocaust hat der Ort des Holocaust-Mahnmals nichts zu tun.

Manchmal wird bestritten, dass man ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus braucht, gibt es doch in Berlin schon mehrere Gedenkstätten für einzelne Opfergruppen an authentischen Orten. Etwa das ehemalige Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, die Maueropfer-Dokumentation an der Bernauer Straße und die East Side Gallery am Ostbahnhof, deren Erhalt erst kürzlich zeitweise gefährdet schien.

Die UOKG besteht auf einem zentralen Mahnmal, aber dass es Ablehnung gibt, kann man nicht einfach übersehen. Die Gegner der Initiative glauben, eine eher museale Einrichtung wäre besser geeignet für das Thema - weil sie wesentlich stärker pädagogisch und informativ arbeiten könnte.

Experten warnen vor Beliebigkeit

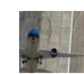
Die Unsicherheit über den genauen Standort könnte sich jedoch auf dem Weg zu einem solchen Mahnmal als eher nebensächliches Hindernis erweisen. Der eigentlich Streit nämlich dreht sich um die Widmung des Mahnmals. Für die UOKG sollte es an alle Opfern des Kommunismus erinnern. Statt auf das Leiden bestimmten Gruppen zu konzentrieren, müsse der Schwerpunkt auf "der gelungene Überwindung der kommunistischen Diktatur" in der DDR liegen. Eingeschlossen in "alle Opfer" sollten diejenigen sein, die ins Exil gingen, die zu fliehen versuchten, die inhaftiert wurden, die aktiv Parteigegner waren und jene, die unter kommunistischer Herrschaft ein schwierigeres Leben hatten als in einer freien Gesellschaft. Also ein ähnlich weites Verständnis von Opfer, wie es dem Denkmal in Prag zugrunde liegt.

Das lehnen jedoch Experten wie Bernd Faulenbach, selbst als stellvertretender Chef der Bundesstiftung Aufarbeitung unverdächtig der Relativierung kommunistischer Verbrechen, kategorisch ab. Der Historiker plädiert für einen engen Opferbegriff, um Beliebigkeit zu vermeiden.

Solange zwischen verschiedenen Gruppen von Befürwortern des Mahnmals noch so grundlegende Fragen umstritten sind, dürfte es schwer sein, einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Aber wie beim lange umstrittenen Holocaustmahnmal gilt wohl auch hier: Die Debatte ist schon Teil des Gedenkens.

MEISTGELESENE ARTIKEL


"Grexit"
Brüssel bricht das große Tabu in der Griechenland-Frage


Voller Schub
Sehen Sie den Senkrecht-Start des Boeing Dreamliners


Schlechte Nachrichten
Doppelt bitterer Tag für BVB-Keeper Weidenfeller

ZUR STARTSEITE

HEUTE VOR 100 JAHREN

13 JUN 1915 **Krieg in der Heimat**

Die Kriegsgefangenen vom "Halbmondlager" in Wünsdorf bei Berlin weihen die erste zur Religionsausübung gedachte Moschee auf deutschem Boden ein. Mit der Förderung islamischer Praktiken möchte man die internierten Araber, Inder und Afrikaner zum "Heiligen Krieg" gegen ihre Kolonialherren gewinnen.

Themenseite Erster Weltkrieg